

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

55. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Juni 2003, 13:20 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)	Vorsitzender
Maren Kruse (SPD)	
Wilhelm Malerius (SPD)	in Vertretung von Hermann Benker
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Ulrike Rodust (SPD)	in Vertretung von Helmut Plüschau
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	
Claus Hopp (CDU)	
Jürgen Feddersen (CDU)	
Peter Jensen-Nissen (CDU)	
Joachim Behm (FDP)	in Vertretung von für Günther Hildebrand
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)
Klaus Klinckhamer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorsorgemaßnahmen zur Abwehr der Geflügelpest in Schleswig-Holstein	4
(Berichtswunsch der Abg. Peter Jensen-Nissen [CDU])	
hierzu: Kleine Anfragen 15/2649, 15/2748	
2. Gespräch mit Vertretern des Fachbereichs Landbau der Fachhochschule Kiel und der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der CAU zu Kiel	6
3. Sperrvermerk bei Titel 0412-811 02 - Machbarkeitsstudie zur Planung eines Schleppers	12
Vorlage des Finanzministeriums Umdrucke 15/3408, 15/32422	
(Der federführende Finanzausschuss hat um ein Votum des Fachausschusses gebeten.)	
4. Information/Kenntnisnahme	14
Umdruck 15/3466 (neu) - Zuckerfabrik in Schleswig Umdruck 15/3465 - HIT-Datenbank	
5. Verschiedenes	15
1) Terminplanung hierzu: Umdruck 15/3334	
2) Zeitnahe Information über Bundesratsangelegenheiten (Schreiben des Europaausschusses vom 26. Mai 2003)	

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, eröffnet die Sitzung um 13.25 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird auf Wunsch von Abg. Peter Jensen-Nissen umgestellt und in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorsorgemaßnahmen zur Abwehr der Geflügelpest in Schleswig-Holstein

(Berichtswunsch der Abg. Peter Jensen-Nissen [CDU])

hierzu: Kleine Anfragen 15/2649, 15/2748

Anhand der Kleinen Anfrage 15/2748 schildert Ministerialrat Dr. Eckehard Best zunächst die Maßnahmen, die in Schleswig-Holstein gegen die Geflügelpest existieren. Er gibt sodann eine kurze Risikobewertung für Schleswig-Holstein ab. Schleswig-Holstein sei mit seinen nur rund 2,8 Millionen Tieren kein typisches Land für die Geflügelhaltung. Von diesen 2,8 Millionen Tieren entfielen rund 2 Millionen Tiere auf circa 100 Betriebe, die Wirtschaftsgeflügel hielten. Der Rest verteile sich auf die Rassegeflügelzucht und eine Vielzahl kleinerer Tierhaltungen.

Mit Hilfe von Animo, so fährt Dr. Eckehard Best fort, habe man nach dem Ausbruch der Seuche in Holland sofort verifizieren können, dass in den letzten vier Wochen davor und danach keine Tiere aus Holland nach Schleswig-Holstein verbracht worden seien. Aus den Erfahrungen in den Niederlanden habe man in Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Firma Messer Griebheim, eine der größten Gasproduzenten in Europa, eine theoretische Übung in einem leer stehenden Geflügelstall mit einer Kapazität von rund 100.000 Tieren durchgeführt und sich auf die CO₂-Gas-Methode geeinigt, die ein zügiges Töten befallener Bestände garantiere. Man habe mit dieser Firma einen entsprechenden Vorsorgevertrag ausgehandelt, der garantiere, dass innerhalb von 24 Stunden nach Auftreten der Krankheit in Schleswig-Holstein Gas und entsprechendes Werkzeug zur Verfügung gestellt würden. Damit sei Schleswig-Holstein für die Bekämpfung bestens gerüstet. Letzten Endes sei das Land aber von der Seuche nicht betroffen worden und seit Mitte Mai habe es auch in den Niederlanden keine neuen Ausbrüche mehr gegeben, so dass vom Erlöschen der Krankheit ausgegangen werden könne.

Abg. Peter Jensen-Nissen hält fest, dass mit dem Vorliegen der Antwort auf die Kleine Anfrage und dem Hinweis, dass zur Zeit keine neuen Ausbrüche zu verzeichnen seien, die Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt als beendet erklärt werden könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gespräch mit Vertretern des Fachbereichs Landbau der Fachhochschule Kiel und der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der CAU zu Kiel

Prof. Dr. Urban Hellmuth von der Fachhochschule Kiel stellt eingangs den Planungsstand des Fachbereichs Landbau bezogen auf das Erichsen-Gutachten anhand von Folien dar. Er bezeichnet den praxisorientierten Ausbildungsgang der Fachhochschule, der nach dem Hochschulgesetz vorgegeben sei, als „Landwirtschaft-Studieren“ gegenüber dem Studium der Agrarwissenschaften an Universitäten. In Norddeutschland gebe es diese praxisorientierte Studienmöglichkeit im Grund neben Rendsburg nur noch in Osnabrück, wo heute bereits ein Numerus Clausus bestehe, sowie in Neubrandenburg, dessen Fachhochschule eine ähnliche Ausbildungsstruktur wie die Fachhochschule Kiel aufweise. Alles in allem seien solche Fachhochschulbereiche in agrarisch geprägten Standorten im Grunde stets gut ausgebucht.

Eine in den letzten zehn Jahren unternommene Evaluation des Fachbereiches, so fährt Prof. Dr. Hellmuth fort, habe ergeben, dass inzwischen circa 60 % der Absolventen Unternehmensleiter würden. Die restlichen Absolventen gingen zum größeren Teil in den agrarischen Dienstleistungsbereich. Auf diese beiden Berufsbilder hin versuche die Fachhochschule ihre Lehre auszurichten. Ganz aktuell habe man ein entsprechendes neues Studienkonzept erarbeitet, das in den einzelnen Gremien und mit dem Ministerium noch abgestimmt werden müsse. Eingeschlossen in die einzelnen Module seien auch ein einjähriges Praktikum und im fünften Semester ein so genanntes Praxissemester. Neben dem heute zu erreichenden Diplom an der Fachhochschule könne man sich für die Zukunft auch Vorschläge der Erichsen-Kommission vorstellen, und zwar in Kooperation mit anderen Hochschulen. Das Fachhochschuldiplom werde heute zwar noch bevorzugt vor den Master- oder Bachelor-Abschlüssen, weil es nach wie vor am Arbeitsmarkt am meisten nachgefragt werde, das Konzept, das die Fachhochschule erarbeitet habe, sei aber so angelegt, dass nach vier Semestern auch ein Bachelor- oder Master-Abschluss ermöglicht werden könnte.

Osterrönfeld werde von der Fachhochschule nach wie vor als sehr wichtiger Standort betrachtet. Denn wenn man das Profil der Fachhochschule nicht ändern wolle, müsse auch festgehalten werden, dass es in Osterrönfeld sehr wichtige Partner wie beispielsweise die Deula, das Messegelände mit der Norla und die Landwirtschaftsschule sowie die künftige Ansiedlung der Landwirtschaftskammer gebe. Zu diesen Einrichtungen habe man bereits heute sehr intensive Kontakte.

Bei den Überlegungen zu einer Fusion mit der CAU, so schließt Prof. Dr. Hellmuth seine Ausführungen, dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass etwa die Hälfte der Studierenden an der Fachhochschule kein Abitur habe und deshalb darüber nachgedacht werden müsse, was mit diesen Studierenden in Zukunft zu geschehen habe. Darüber hinaus gelte es die Frage zu beantworten, ob das typische landwirtschaftliche Kompetenzzentrum um Rendsburg herum bewahrt werden sollte.

Prof. Dr. Friedhelm Taube von der CAU zu Kiel sieht angesichts der eng gewordenen Finanzspielräume Schwierigkeiten voraus, langfristig die Leistungsprofile beider Hochschuleinrichtungen zu erhalten. Denn sowohl im gesamtdeutschen als auch im europäischen Kontext gehe die Konzentration immer weiter, und wenn man einen leistungsfähigen Ausbildungsstandort im Bereich der Agrarwissenschaften sowohl für die Fachhochschüler als auch für die Universitätsstudenten in Zukunft sichern wolle - das sei das, was die Erichsen-Kommission empfehle - , müsse nach seiner Auffassung eine stärkere Konzentration der Aufgabenbereiche erfolgen.

Auch die Agrarwissenschaftliche Fakultät der CAU, so fährt Prof. Dr. Taube fort, habe sich schon lange vor dem Vorliegen des Erichsen-Gutachtens Gedanken über eine solche Kooperation gemacht. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass eine solche Kooperation extremen Beschränkungen unterliege, solange die bisherige räumliche Trennung nicht aufgehoben sei. Denn sowohl in Kiel als auch in Rendsburg sei die Lehrkapazität der limitierende Faktor. Also gelte es, die Studierenden möglichst auf einem Campus zusammen zu führen. Das erleichtere im Übrigen den Studierenden auch einen eventuellen Richtungswechsel auf den Abschluss hin.

Solange diese räumliche Zusammenfassung nicht hergestellt sei, verbleibe man im Grunde nach wie vor beim Status quo, da die Dozenten bereits heute voll ausgelastet seien und nicht ohne weiteres an beiden Standorten zu lehren in der Lage sein würden. Darüber hinaus würde es auch für die Studierenden kaum attraktiv sein, den Studienort während des Semesters stets wechseln zu müssen. Einen weiteren Vorteil der Zusammenlegung sehe er, Prof. Dr. Taube, in der gemeinsamen Nutzung von Großgeräten, Laboren, Versuchsfeldern und anderem. Auch dies müsse in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, eröffnet die Diskussion mit der Frage, ob bei einer Verlagerung der Fachhochschule nach Kiel genügend Raumkapazitäten vorhanden sein würden. Dies wird von Prof. Dr. Taube mit dem Hinweis bejaht, dass die Auslagerung der Lehrerbildung von der CAU nach Flensburg eine akzeptable Raumlösung zur Folge haben würde. Er bitte in diesem Zusammenhang, vor einer Entscheidung diese Gegebenheiten ebenfalls zu

prüfen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass durch die Finanzenge auch eine ausreichende sächliche Ausstattung immer schwieriger werde. Es gehe ihm in diesem Sinne um eine Sicherstellung einer breiten fachlichen Ausbildung im Agrarbereich.

Abg. Ulrike Rodust hält ein gut durchdachtes Kooperationsmodell an zwei Standorten für durchaus möglich. Die Entfernungen zwischen Rendsburg und Kiel seien nicht so groß, als dass die Studenten und auch die Professoren nicht an beiden Standorten lernen und lehren könnten. In Berlin beispielsweise seien die einzelnen Institute zum Teil noch weiter auseinander als es die Entfernung zwischen Rendsburg und Kiel ausmache. Nach ihren Erfahrungen seien die Studenten durchaus bereit, für das bessere Angebot flexibel verschiedene Lernstandorte aufzusuchen. Allerdings vermisse sie manchmal diese Bereitschaft etwas bei den Professoren.

Abg. Claus Hopp bittet, diejenigen Studenten in der Fachhochschule nicht außer Acht zu lassen, die kein Abitur hätten. Deren Studiermöglichkeiten müssten auch in Zukunft gesichert bleiben.

Abg. Detlef Matthiessen wundert sich, dass das Konzept „Kompetenzzentrum Landwirtschaft“, das auf beiden Einrichtungen aufbaue und schon seit 1996 existiere, nicht umgesetzt worden ist.

Abg. Lars Harms hält eine Zusammenlegung der Standorte für sinnvoll, gibt aber zu überlegen, ob dies nicht im Hinblick auf die dort vorhandenen agrarischen Einrichtungen vorzugsweise in Rendsburg geschehen sollte.

Für Abg. Jost de Jager ist es eine Erfahrungstatsache, dass getrennte Angebote an zwei Standorten auf Dauer nicht funktionieren. Eine Kooperation sehe er nur an einem Standort als machbar an. Er frage sich allerdings, ob eine solche Zusammenlegung überhaupt gewollt sei. Hier handele es sich um eine hochschulpolitische Frage, die von der Politik beantwortet werden müsse. Er persönlich sei überzeugt davon, dass bei einem gemeinsamen Studiengang auf Dauer einer der Partner auf der Strecke bleiben werde. Dies werde im Blick auf das Profil der beiden Hochschulen vermutlich die Fachhochschule sein.

Prof. Dr. Friedhelm Taube tritt dem Vorwurf mangelnder Flexibilität bei den Professoren entgegen. Einziger Hintergrund der Forderung zur Zusammenlegung sei die Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen. Ein anderer Aspekt sei allerdings, dass sich die Studenten immer die besten Studienmöglichkeiten aussuchten und dass die bisher gute Nachfrage in Kiel nicht gefährdet werden sollte. Hinzu komme, dass auch die Fachhochschule in Zukunft mehr ange-

wandte Forschung betreiben müsse und das Instrumentarium dafür in Kiel bereits in höherem Maße vorhanden sei.

Was die Absolventen ohne Abitur angehe, so könne er, Prof. Dr. Taube, nur noch einmal unterstreichen, dass eine Fusion beider Einrichtungen in dem Sinne, dass die Fachhochschule dann nicht mehr existiere, nicht gewollt sei. Vielmehr sollte der Fachbereich Landbau der Fachhochschule auf dem Gelände der CAU mit eigenen Räumlichkeiten angesiedelt werden. Damit werde die Fachhochschule dann auch ihr eigenes Profil behalten.

Was die Frage nach der Umsetzung des 96er Konzepts angehe, so sei festzustellen, dass dieses aus Kapazitätsgründen nicht habe umgesetzt werden können. Auch eine Zusammenlegung in Rendsburg sehe er im Hinblick auf den Flächenbedarf als nicht machbar an. Diese Auslagerung der Agrarwissenschaftlichen Fakultät nach Rendsburg sei zwar in der Theorie denkbar, seiner Meinung nach praktisch aber nicht durchführbar.

Prof. Dr. Urban Hellmuth unterstreicht die Meinung von Abg. Jost de Jager, dass bei einer Zusammenlegung in Kiel das Profil der Fachhochschule in einem mehr oder minder langem Zeitraum aufgegeben würde. Dabei spiele auch die Frage eine Rolle, wie schnell sich der unverkennbare Strukturwandel in der Landwirtschaft in den Hochschulen niederschlagen werde.

Zu den Überlegungen, den Fachbereich Landbau auf dem Gebiet der CAU anzusiedeln, wolle er zu bedenken geben, dass man alle anderen Fachhochschulbereiche in Kiel bewusst auf das Ostufer verlagert habe, um die Nähe zur Universität gezielt aufzulösen. Dies sei von beiden Seiten, insbesondere von der CAU, gewollt gewesen. Wenn nun der Fachbereich Landbau auf dem Universitätsgelände angesiedelt würde, dann machten dort rund 300 Studierende der Fachhochschule zwischen 19.000 Studenten der Universität ihre Fachausbildung. Dies würde zu einer langwierigen Diskussion um die Ressourcen führen. Er sehe dies durchaus auch als Einstieg in die Fusion. Für ihn komme deshalb bei einer Verlagerungsdiskussion nur eine Ansiedlung in Dietrichsdorf in Frage.

Letzten Endes, so meint Prof. Dr. Hellmuth, laufe die Diskussion auf die Frage hinaus, was langfristig in Schleswig-Holstein gewollt sei. Solle die typische anwendungsorientierte Ausrichtung der Landwirtschaft beibehalten werden? Wenn diese Frage bejaht werde, biete sich der Standort Rendsburg deshalb umso vorrangiger an, als die Landwirtschaftskammer sich für Osterrönfeld auf Grund des dort vorhandenen starken landwirtschaftlichen Zentrums entschieden habe. Dieses Kompetenzzentrum arbeite bereits heute in allen Bereichen sehr effektiv und die Kammer werde als wichtige Einrichtung für die praktizierenden Landwirte diese Zusammenarbeit nur noch stärken.

Abg. Dr. Henning Höppner betont, dass im Erichsen-Gutachten an keiner Stelle von einer Fusion die Rede ist. Er verweist beispielhaft auf die Zusammenarbeit in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der CAU und der Fachhochschule Kiel sowie die Veranstaltungen und die Zusammenarbeit zwischen Muthesius-Hochschule und CAU, die jahrelang in einem guten Nebeneinander existiert hätten, ohne sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Er selbst glaube, dass die Synergieeffekte bei einer Zusammenlegung von Agrarwissenschaftlicher Fakultät und Fachbereich Landbau der Fachhochschule sehr vorteilhaft sein würden. Vor dem Hintergrund der noch zu fällenden Kabinettsentscheidung gehe er allerdings davon aus, dass es zunächst nicht zu einer solchen Zusammenlegung kommen werde. Dennoch dränge er für seine Fraktion darauf, das Erichsen-Konzept langfristig im Kopf zu behalten, auch wenn es zurzeit nicht voll verwirklicht werde. Es sollte aber nach wie vor politisches Ziel sein, um die Qualitäten beider heute schon renommierten Einrichtungen zu sichern und zu stärken, zu gegebener Zeit zu versuchen, das Erichsen-Gutachten auch umzusetzen. Er vermute, dass es zwangsläufig dazu kommen werde.

Prof. Dr. Kathrin Stöve-Schimmelpfennig unterstreicht den Willen der Fachhochschule zur Kooperation. Sie sieht jedoch die Begrenzung einer solchen Kooperation hauptsächlich in der heute schon unglaublichen Lehrbelastung beider Seiten. Wenn man vor diesem Hintergrund versuche, Synergieeffekte zu schaffen und zu nutzen, könne das nach ihrer Meinung nur dadurch geschehen, dass man Vorlesungen zusammenlege. Dies wiederum würde eine gegenseitige Anerkennung der Lehrveranstaltungen voraussetzen und letzten Endes damit auf eine Fusion des gesamten Studiums hinauslaufen. Als Fazit würde dann wiederum die Frage im Raum stehen, dass 50 % der Studierenden der Fachhochschule ohne Hochschulzugangsberechtigung gar nicht mehr studieren könnten. Im Übrigen sehe sie anderen Argumenten zum Trotz nicht das geringste Problem, den Studierenden bestimmte Fahrzeiten für bestimmte Wahlpflichtfächer zuzumuten.

Prof. Dr. Urban Hellmuth hält es für wenig sinnvoll, angesichts der weiten Entfernung zu anderen Universitäten in Norddeutschland mit einer agrarwissenschaftlichen Ausbildung ausgerechnet die landwirtschaftliche Ausbildung in Schleswig-Holstein als Experimentierfeld für die Vorschläge der Erichsen-Kommission zu nehmen, wenn Erichsen zugegebenermaßen mit seinen Vorschlägen durchaus auch zu neuen Gedanken provozieren wolle. Auch im Blick auf die Landwirtschaft und ihrem in Osterrönnfeld schon vorhandenen Kompetenzzentrum sehe er eine Verlagerung der Fachhochschule nach Kiel als problematisch an.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz hält vor dem Hintergrund der noch nicht geklärten räumlichen Möglichkeiten bei einer Zusammenlegung in Kiel fest, dass der Standort Osterrönnfeld - egal was das Erichsen-Gutachten vorschläge - zunächst erhalten bleiben werde. Allerdings erwarte

seine Fraktion eine stärkere Kooperation über reine Absichtserklärungen hinaus. Gleichwohl bleibe die Option, langfristig zu anderen Zusammenführungen auch räumlicher Art zu kommen, offen. Dieser Option werde sich seine Fraktion nicht verschließen. Status sei aber, dass es im Augenblick keine Änderung geben werde, dass man aber, wie gesagt, eine stärkere Kooperation erwarte. „Nehmen Sie das bitte als politische Aussage“ - so schließt Abg. Friedrich-Carl Wodarz wörtlich -, „dass wir die Fusion nicht wollen“.

Abg. Peter Jensen-Nissen begrüßt diese politische Aussage und sieht dies als Anerkennung der geleisteten Arbeit der Fachhochschule. Er bezeichnet das Erichsen-Gutachten als Chance, über die Tagespolitik hinauszusehen und die perspektivische Zusammenarbeit zu suchen. Auch für die Opposition sei es wichtig, die vorhandenen Möglichkeiten der Kooperation stärker zu nutzen. Im Übrigen wünsche er sich, dass sowohl der praxisbezogene Studiengang der Fachhochschule als auch die wissenschaftsbezogene Ausbildung an der CAU Bestand haben mögen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sperrvermerk bei Titel 0412-811 02 - Machbarkeitsstudie zur Planung eines Schleppers

Vorlage des Finanzministeriums
Umdrucke 15/3408, 15/32422

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Thema deshalb auf die Tagesordnung genommen worden ist, weil der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 5. Juni 2003 um eine Stellungnahme des Fachausschusses dahin gebeten hatte, ob das vorgesehene Konzept im Sinne von Synergieeffekten hilfreich sei oder ob eventuell noch Änderungen vorgenommen werden müssten beziehungsweise ob die Durchführung der Maßnahme überhaupt sinnvoll erscheine.

Anhand von Umdruck 15/3422 gibt AL Holger Jürgen Börner Auskunft über die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten und den damit zu erzielenden Kostenersparnissen eines neuen Schleppers als Transporteinheit und Ölbekämpfungseinheit. Wegen der veralteten und den heutigen Anforderungen an die Ölbekämpfung nicht mehr genügenden Schiffe, mit denen man heute arbeite, seien die Überlegungen gereift, ein neues Fahrzeug zu beschaffen, mit dem man bis zu fünf alte Fahrzeuge ersetzen könne. In der Ausschreibung seien zwei Variablen gefunden worden, nämlich zum einen die Kombination „Schlepper und Barke“ und zum anderen ein selbst fahrender Ponton. Mit der Machbarkeitsstudie solle nun die günstigste Lösung gefunden werden. Einbezogen werden solle in die Machbarkeitsprüfung auch die Möglichkeit der Ölschadensabwehr. Darüber hinaus werde auch zu prüfen sein, ob man zum Beispiel mit Leasing oder einem anderen Finanzierungsmodell eine wirtschaftlich günstigere Lösung finden könnte.

Für Abg. Jürgen Feddersen sind die vorhandenen Unterlagen bereits so aussagekräftig, dass er für die Finanzierung der Machbarkeitsstudie eintritt.

Abg. Peter Jensen-Nissen bittet, beim Betreiben des Schleppers die in den Kraftfahrzeugrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein vorgegebene Nutzung von schadstoffarmen Kraftstoffen und Schmierölen zu beachten.

Abg. Wilhelm Malerius tritt dafür ein, den Finanzausschuss und den Fachausschuss über den Fortgang der Untersuchungen immer auf dem Laufenden zu halten.

In der weiteren Diskussion wird die Frage der Abg. Maren Kruse diskutiert, wie weit die Finanzierungsmodalitäten zwischen Bund und Land aufgeteilt sind. Nach Auskunft von AL Holger Jürgen Börner handelt es sich zum einen um die Finanzierung aus einem Pool für die Schadstoffabwehr im Verhältnis 70 zu 30 % Bund und Land und zum anderen um anfallende GA-Mittel mit einem Finanzierungsmodus von ebenfalls 70 zu 30 % Bund und Land.

Beschluss: Einstimmig empfiehlt der Agrarausschuss dem zuständigen Finanzausschuss, den Sperrvermerk bei Titel 0412-811 02 aufzuheben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/3466 (neu) - Zuckerfabrik in Schleswig

Umdruck 15/3465 - HIT-Datenbank

Der Umdruck 15/3466 (neu) Zuckerfabrik in Schleswig - wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

(Siehe auch kleine Anfragen 15/2614, 15/2668 und 15/2698)

Der Umdruck 15/3465 - HIT-Datenbank -, wird zur Kenntnis genommen. Zu gegebener Zeit will sich der Ausschuss mit den Fragen zur erweiterten Nutzung der HIT-Datenbank beschäftigen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- 1) Terminplanung
hierzu: Umdruck 15/3334
- 2) Zeitnahe Information über Bundesratsangelegenheiten
(Schreiben des Europaausschusses vom 26. Mai 2003)

1) Der Terminvorschlag wird einstimmig gebilligt. Abg. Peter Jensen-Nissen bittet um erneutes Nachdenken, ob der Ausschuss nicht doch wieder die Grüne Woche besuchen sollte. Einmütig beschließt der Ausschuss, eine Entscheidung darüber in einer der kommenden Sitzungen zu fällen.

Für die am 11. September angedachte Anhörung erwartet der Vorsitzende entsprechende Vorschläge aus den Arbeitskreisen, falls diese Anhörung wirklich stattfinden soll.

Abg. Peter Jensen-Nissen regt einen zusätzlichen Termin zur Bewältigung der anfallenden Arbeit an. Eine Entscheidung darüber trifft der Ausschuss nicht.

2) Der Ausschuss begrüßt das Engagement des Europaausschusses, sich zeitnahe Informationen über die Beratungsgegenstände im Bundesrat zu beschaffen und geht davon aus, diese Informationen ebenfalls zu erhalten, soweit es seinen Arbeitsbereich betrifft.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, schließt die Sitzung um 14:55 Uhr.

gez. Claus Ehlers

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin